



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 20 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912. (Schluß.) — Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin. — Feuilleton: Etwas vom Papier. (III.) — Zur Berliner Arbeitslosen-Unterstützung 1912. (II.) — Korrespondenzen (Dritter Sonntag des 10. Games zu Bremen, Dessau). — Rundschau. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. **Beilage:** Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen im Deutschen Reich im Jahre 1912. — Aus dem Genossenschaftsleben.

Für die Woche vom 21. bis 27. September ist die Beitragsmarke in das mit 39 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

III. (Schluß.)

Als gegnerische Gewerkschaftsrichtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, seit 1869 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107 740 auf 109 225, also nur um 1485 oder 1,37 Prozent gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen.

Die Gewerkschaften hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	91 861	1907	109 889
1901	96 765	1908	105 633
1902	102 851	1909	108 028
1903	110 215	1910	122 571
1904	111 889	1911	107 743
1905	117 097	1912	109 225
1906	118 508		

Von den einzelnen Gewerkschaften zählten im Jahre 1912 Mitglieder: die Maschinenbauer und Metallarbeiter 44 604 (+ 894), die Fabrik- und Handarbeiter 17 997 (— 221), die Eisenbahner Birkenbergs 8000 (— ?), Legilarbeiter 6225 (+ 120), Holzarbeiter 5411 (+ 17), Schuhmacher und Lederarbeiter 5150 (+ 120), Schneider 4639 (+ 119), Bergarbeiter 3156 (— 789), Brauer 241 (+ 185), Zigarren- und Tabakarbeiter 2017 (— 44), Maler, Lackierer 1703 (+ 30), Löhner, Ziegler 1458 (— 32), Gemeindeglieder 1324 (+ 41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+ 100), Bauhandwerker 1150 (+ 190), Kellner 688 (+ 595), Frauen und Mädchen 668 (— 62), Selbständige Ortsvereine 550 (+ 370), Bildhauer 317 (— 19), Bäcker und Konditoren 300 (+ 33), Küfer 54 (+ 2), Receptträger 30 (— 3), Gärtner (— 20), Kaufleute (— 100) und Wäger (— 54).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkschaften betragen auf 2 786 341 Mk., die Gesamtausgaben auf 2 345 310 Mk. und die Gesamtvermögensbestände auf 1 828 851 Mk. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbniskassen, denen auch andere als Gewerkschaftsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung betragen 226 777 Mk., für Reiseunterstützung 18 412 Mk., für Umzugsunterstützung 20 886 Mk., für Notfallunterstützung 34 195 Mk. und für Invalidenunterstützung 16 586 Mk., für Streitunterstützung 348 939 Mk., für Bildungszwecke 22 195 Mk., für Agitation und Reisen 206 269 Mk., für Generalversammlungen und Konferenzen 11 847 Mk., für Zeitungen 122 900 Mk., für Verwaltungskosten 336 210 Mk., für Arbeitsvermittlung, Drucksachen und Agitationsmaterial 34 270 Mk., für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkschaftsverbände 47 571 Mk. und für Rechtschutz 11 791 Mk. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstützungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbniskassen der Gewerkschaften zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766 530 Mk. und 119 932 Mk. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkschaften um etwa 866 000 Mk., also um etwa 40 Prozent revidieren.

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 687 (1911: 340 957) und für den Jahresabschluss eine solche von 350 930 (1911: 350 574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730 und bis zum Jahresabschluss 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Prozent, bleibt also weit hinter diejenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Damm gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzlich sein, ganz besonders schmerzlich im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so ausichtsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Verrat zunichte zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen, — sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterbewegung das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	159 770	1907	354 760
1901	160 772	1908	264 519
1902	179 799	1909	270 751
1903	192 617	1910	295 129
1904	207 494	1911	340 957
1905	265 032	1912	344 687
1906	320 248		

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften betragen:

Bergarbeiter 76 988 (— 6600), Bauarbeiter 43 691 (+ 3736), Metallarbeiter 42 644 (+ 1391), Legilarbeiter 39 903 (— 2494), Eisenbahner, Bayerische 26 785 (+ 1), Eisenbahnhändler und -arbeiter 20 941 (— 1253), Staats-, Gemeinde-, Verkehrsarbeiter 17 856 (+ 2110), Holzarbeiter 17 280 (+ 1818), Heimarbeiterinnen 8188 (+ 1189), Keram- und Steinarbeiter 7411 (+ 808), Tabakarbeiter 7388 (— 469), Lederarbeiter 5756 (+ 372), Schneider 4742 (+ 449), Maler 4514 (+ 484), Eisenbahner, Bismarckische 3886 (+ 622), Telegraphenarbeiter 3302 (— 27), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 3239 (+ 169), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 2968 (+ 308), Gasthausangestellten 2773 (+ 564), Graphischer Zentralverband 1993 (+ 368), Krankenpfleger 1620 (+ 166), Eisenbahner, Mecklenburgische 987, Gärtner 819 (+ 18).

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6 243 643 Mk. auf 6 608 350 Mk. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 299 781 Mk. auf 5 222 727 Mk. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7 082 942 Mk. auf 8 575 658 Mk. angewachsen.

Von den Einnahmen entfielen 50 866 Mk. (1911: 52 556 Mk.) auf Aufnahmegebühren, 5 966 965 Mk. (5 629 651 Mk.) auf Beiträge, 39 151 Mk. (49 724 Mk.) auf Extrabeiträge und 551 368 Mk. (511 711 Mk.) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane 549 973 Mk., Agitation 670 024 Mk., Streit- und Gemaßregelungenunterstützung 654 323 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 201 223 Mk., Krankenunterstützung 761 293 Mk., Sterbeunterstützung, 205 083 Mk., Rechtschutz 116 703 Mk. Sonstige Unterstützungen 57 611 Mk., Bibliothek und Bildungszwecke 133 267 Mk., Gesamtverbandsbeitrag 93 382 Mk., Gehälter 170 754 Mk., Verwaltung 259 936 Mk., Anteil der Lokalfassen 1 145 722 Mk., Sonstige Ausgaben 203 028 Mk.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reich 3 266 819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3 042 203 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224 616 zu verzeichnen, von denen 209 404 oder 93,2 Prozent auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89 628 266 Mk. (1911: 80 953 814 Mk.), die gesamten Ausgaben 68 673 714 Mk. (1911: 67 629 149 Mk.) und die gesamten Vermögensbestände 91 202 295 Mk. (1911: 70 878 305 Mk.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, syndikalistischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Hirsch-Dunderschen Kranken- und Begräbniskassen.

Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerkvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2, die Gewerkvereine 3,8 und die Christlichen 16,0 Prozent der Mitglieder. 1912 stand das Verhältnis sogar wie 84,8 : 3,4 : 11,8. So ist der Anteil der gegnerischen Gewerkschaftsgruppen trotz aller ihrer gehässigen Agitation, trotz ihrer Terrorisismusthemen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstützung fortgesetzt im Rückgang begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Söhne je länger um so mehr abfinden müssen.

Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin.

Die Frage der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin ist durch die Vorgänge innerhalb der Hamburger Werftarbeiterchaft wieder aufgerollt worden. Sie ist von so eminenter Bedeutung, daß die Gewerkschaften als solche immer wieder genötigt sind, Stellung hierzu zu nehmen, soweit der Begriff Disziplin noch nicht zum eisernen Bestand des gewerkschaftlichen Nachwuchses geworden ist.

Was ist Disziplin? Was ist im besonderen gewerkschaftliche Disziplin? Unter Disziplin versteht man im allgemeinen ein System von Vorschriften zum Schutze einer Gesamtheit, dem sich der einzelne als Glied einer solchen unterzuordnen hat. Sie ist der Ausdruck einer gewissen Kampfesstellung. Und die Gewerkschaften als Kampforganisationen sind darum genötigt, diesen Begriff aufrecht zu erhalten, wenn anders sie nicht Gefahr laufen wollen, ihre Machtphäre eingeengt oder gar beseitigt zu sehen. Da nun die gewerkschaftliche Disziplin speziell gewerkschaftlichen Interessen dient, die Organisationen aber auf rein demokratischer Basis ruhend, zum Wohle der Arbeiterklasse ausgebaut sind, so verliert der Begriff in diesem Falle den bitteren Beigeschmack von selbst, der ihm sonst anhaftet. Der Arbeiter aber sollte wissen, daß er mit der Einhaltung der Disziplin seine ureigensten Interessen fördert und sich deshalb bestrengen, darin Selbstzucht zu üben.

Etwas vom Papier.

Von Th. W. Hoff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

III.

Die Fasern werden mit reichlich Wasser in den Holländern gefüllt und durch die drehende Bewegung der Walze unaufhörlich um den ganzen Kanal herum geführt, wobei sie bei jedem Umlauf einmal zwischen Walze und Grundwerk kommen und zwischen diesen beiden immer mehr zerrissen, zerkleinert und zerfasert werden. Hierbei erfährt die Masse gleichzeitig eine weitere Reinigung und wird durch Zusatz von Chloralkali und Schwefelsäure zu dem Wasser auch noch künstlich gebleicht, bis sie die notwendige rein weiße Farbe hat, die hinterher das fertige Papier haben soll. Das bis zur erfolgten vollständigen Auseinanderlegung der Fasern zerkleinerte, gereinigte und gebleichte Material wird Halbzeug genannt. Zur Fortsetzung der Zerklüftung gelangt das Halbzeug nun in einen anderen Holländer, den sogenannten Ganzholländer, der im wesentlichen ebenso wie der Halbholländer eingerichtet ist, jedoch wesentlich feiner wie dieser maßst und die Zerklüftung der Masse bis zu den feinsten Fasern und Faserchen fortführt. Im Ganzholländer werden der klüftig-breitigen Masse zugleich die sogenannten Füllstoffe, zumeist feingemahlene mineralische Substanzen, wie Kaolin, Gips, Barit, Ton usw. zugesetzt, die den Zweck haben, dem späteren Papier durch Verschließen der Poren eine möglichst glatte Oberfläche zu geben. Des Weiteren werden der Masse, wenn aus ihr farbiges Papier

Die gewerkschaftliche Disziplin aber ist dem Unternehmertum und seiner Presse immer fatal gewesen. Es fühlte und mußte gar oft am eigenen Körper bemerken, daß mit deren Steigerung die Macht der Arbeiterchaft ungeheuer wuchs. Aus diesem Grunde zerrte es über den Terrorismus der Gewerkschaften und versuchte die Hilfe des Staates mobil zu machen, um den Einfluß gewerkschaftlicher Disziplin zu brechen. Um so erfreulicher muß es für den Kapitalismus sein, wenn ihm aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Hilfe dadurch zuteil wird, daß man sich über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzt und dadurch den Bruch der Disziplin herbeiführt. Besonders gefährlich aber ist dies Beginnen, wenn es sich, wie bei den Werftarbeitern Hamburgs, um einen eigenmächtig herausgehobenen Einzelkampf handelt, denn man darf nicht vergessen, daß damit eine Gefahr hervorgerufen wird, die für die Interessen eines Verbandes verhängnisvoll wirken kann.

Wir wissen, daß die Kämpfe von heute von den verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet und geführt werden müssen. Ihre Auslöster hängen von den wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen ab und sind danach abzuwägen. Es bedarf daher zur Führung eines modernen Gewerkschaftskampfes der ruhigsten sachlichen Betrachtung der Dinge, die wiederum nur durch eine rein objektive, nicht subjektive Würdigung möglich ist. Der in einem Betriebe arbeitende Mensch wird aber mehr oder weniger der letzteren zumeigen. Es ist dies durchaus verständlich. Der Druck des einzelnen Unternehmers kann sehr wohl die Lage des Arbeitsverhältnisses unerträglich gestalten. Man wird sich versucht fühlen, sich dieses Umstandes zu erwehren; gewiß mag auch für diese oder jene Sparte eines Berufes der Zeitpunkt zur Erringung besserer Lohnverhältnisse günstig erscheinen. Darf man aber deshalb die Prinzipien eines ganzen Verbandes gefährden? Man bedenkt nicht, oder richtiger man hat keine Kenntnis von der allgemeinen Depression des Arbeitsmarktes, die ein Vorgehen ausschließt gestaltet und ist dann empört, wenn die Verbandsleitung als die einzig verantwortliche Instanz die Eröffnung der Feindseligkeiten ablehnt oder einen schon begonnenen Ausstand kurzerhand abbricht. Die Verantwortung wird sofort illusorisch, sobald ein kleiner Teil organisierter Arbeiter sich berufen fühlt, dem Lauf der Dinge vorzugreifen, sich in Obliegenheiten der Verbandsleitungen einzumischen und auf eigene Hand einen Kampf zu beginnen oder weiterzuführen. Dies muß das aus-

schließliche Recht der gewählten Organisationsleitungen bleiben, die Umstände sind, auf Grund aufgestellter Berechnungen die Eventualitäten voranzusehen und denen obendrein noch ein ganzer Stab gewerkschaftlich geschulter Strategen beratend zur Seite steht.

Die Kämpfe der Arbeiterchaft aber haben sich diffiziler gestaltet als es je der Fall war. Die Konzentration des Kapitals und der Zusammenschluß der Industriellen zu Industriezweckverbänden haben der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft einen mächtigen Gegner erstehen lassen, der jeden Versuch zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Gegenmaßregeln beantwortet. Das verbündete Unternehmertum von heute rechnet aber weniger mit den einzelnen Berufszweigen als mit dem ganzen Verband, gegen den sich dann die ganze Schwere einer Aussperrungsucht richtet. Diesem Umstande aber muß eine umsichtige Organisationsleitung Rechnung tragen. Sie kann sich wohl genug fühlen, einem Unternehmer, der 2000 Arbeiter beschäftigt, die Spitze zu bieten, aber damit die Möglichkeit einer Aussperrung von 10 000, 20 000 oder mehr Arbeitern mit in den Kauf zu nehmen, ist, wenn auch noch nicht verderblich, so doch gefährlich, besonders in Fällen wirtschaftlichen Niederganges. Und gerade dies ist für den Unternehmer der Zeitpunkt, wo er den Druck am härtesten ausübt. Die Möglichkeiten einer Generalaussperrung liegen dann überall dort vor, wo man glaubt, die Organisationsinstanzen und ihre getroffenen Bestimmungen ignorieren zu müssen.

Aber nicht darum allein handelt es sich bei der Frage der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin. Die Organisationen haben darauf zu achten, ihr Ansehen, ihre Macht dem Unternehmertum gegenüber zu wahren. Und da ist es eben die unerschütterliche Disziplin, die uns bisher Achtung verschaffte. Wird diese untergraben, so muß sich naturgemäß auch das Machtverhältnis zugunsten des Unternehmertums verschieben. Da die Kämpfe, besonders die Aussperrungen, bisher dem Unternehmertum immer noch unberechenbaren Schaden zufügten, so mußte sich dieses, ehe es zur zweifelhafteigen Waffe der Aussperrung griff, noch veranlaßt, Tarifverhandlungen anzubahnen, um auf gewisse Zeit hin Frieden in ihren Betrieben zu haben. So gering dabei auch manchmal die Verbesserungen der Lage der Arbeiter ausfielen, so bedeuteten sie doch immerhin einen Fortschritt. Diese Verhandlungen aber konnten nur von Organisation zu Organisation

hergestellt werden soll, im Ganzholländer die notwendigen Farbstoffe, zumeist Leersfarben, und des ferneren auch die leimenden Substanzen zugesetzt, durch welche die Fasern bei der späteren Papierbildung erst fest und unlöslich miteinander verbunden werden. Als Leim dient zumeist Fichtenharz (Koloophonitum), das mit Soda gelocht worden ist. Alle diese Substanzen werden im Ganzholländer gründlich mit dem Ganzzeug gemischt. Bemerkenswert ist noch, daß die Leimung nur bei Maschinenpapier im Ganzholländer erfolgt, während bei Wittenpapier, das mit der Hand hergestellt wird, die Leimung erst später, nach erfolgter Herstellung der Papierblätter, erfolgt.

Das gebleichte, feingemahlene, mit Farb-, Füll- und Leimstoffen vermischte sogenannte Ganzzeug kommt in Form eines dünnflüssigen Breies aus den Ganzholländern in große hölzerne Behälter, die Zeugbüten, und stellt nun ein zur Papierbildung fertiges Material dar.

Die Bildung des Papiers aus dem breiigen Ganzzeug geschieht, schematisch angegeben, in folgender Weise: Etwas von dem Ganzzeug wird auf eine wasserdurchlässige ebene Unterlage gebracht und auf dieser zu einer dünnen Schicht ausgebreitet. Hierbei fließt das Wasser durch die Unterlage ab, während die Fasern als eine zusammenhängende dünne Schicht zurückbleiben. Diese Schicht ergibt, getrocknet und gepflättet, das fertige Papierblatt. Dieser Herstellungsprozeß kann sowohl durch Handarbeit erfolgen, wie es beim Wittenpapier geschieht, wie auch auf maschinellen Wege, auf dem heute das weitaus meiste aller Papiere fabriziert wird.

Betrachten wir zunächst kurz den Vorgang der Wittenpapierfabrikation. Bei dieser wird, wie bereits erwähnt, ungeleimtes Ganzzeug verwendet, da die Leimung erst später erfolgt. Die Herstellung vermittelt Handarbeit geschieht unmittelbar an der Wütte (daher der Name), in welcher das Ganzzeug durch einen darin befindlichen querschnittlichen Rührapparat in ständiger Bewegung und durch ein Dampfrohr gleichzeitig warm gehalten wird; das ist notwendig, um das Ganzzeug stets in gleichmäßiger Beschaffenheit zu erhalten, da sich anderenfalls an dem Boden der Wütte das Fasermaterial dichter als in den oberen Schichten absetzen würde. Aus der Wütte schöpft nun ein Arbeiter, der Wüttgelle genannt, eine Portion des breiigen Ganzzeuges auf eine Form. Die Form besteht aus einem flachen vierseitigen Holzrahmen mit einem darüber gespannten feinen Drahtsieb; der Holzrahmen ist durch parallelegehende Stege versteift, die zugleich dem Sieb als Stütze dienen und es in genau gerader und gleichmäßig ebener Richtung erhalten. Auf das Sieb, also dem haltenden Rahmen gegenüber, wird ein zweiter Rahmen, der sogenannte Deckel, gesetzt, der abnehmbar ist und keine Querstege enthält. Der Siebrahmen mit dem darauf gesetzten Deckel stellt die fertige Schöpfform dar. Der Wüttgelle taucht die Form schräg in die Wütte ein und hebt sie, bis an den Rand des Deckels mit Ganzzeug gefüllt, wieder heraus. Nach dem Schöpfen schüttelt er die Form energisch, wodurch das Wasser durch das Sieb abläuft und die Fasern sich miteinander verfilzen und auf dem Sieb als dünne Schicht zurückbleiben. Dann nimmt der Geselle den

geführt werden, so daß der einzelne keinen Einfluß auszuüben vermochte. Die Vertreter der verschiedenen Parteien setzten dabei voraus, daß die Organisationsdisziplin stark genug entwickelt sei, um eine Bindung der gefassten Beschlüsse garantieren zu können. Die dem Kontrahenten gebotene Garantie, ganz gleich, ob es sich hierbei um tarifliche oder sonstige Abmachungen handelt, darf aber gerade unsererseits nicht verkehrt werden. Geschieht es dennoch, so tritt man damit die Demokratie der Gewerkschaften zu Boden, indem man gegen das Gesamtinteresse der Organisation handelt und untergräbt obendrein noch das Prestige des Verbandes. Es entspringt daraus schließlich eine Zersplitterung der Kräfte, die für die Allgemeinheit zum größten Schaden ist und zu anarchischen Zuständen führen muß. Damit aber ist einzig und allein dem Unternehmertum gebient.

Die Verhältnisse aber sind derart geworden, daß nur die Geschlossenheit der Arbeiterschaft einen wirksamen Schutz bildet gegen die Macht des Kapitalismus und seiner Organisationen. Jetzt sucht sich das Unternehmertum durch den Zusammenfluß seiner zwei größten Organisationen übermächtig und glaubt die Arbeiterorganisationen nicht mehr als gleichwertigen Faktor einschätzen zu dürfen. Wird dabei noch die gewerkschaftliche Disziplin durchbrochen, so ist für ihn ein weiterer Grund vorhanden, alle Verhandlungen mit den Organisationsleitungen abzulehnen, denn die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller, schreibt zum Streik der Hamburger Werftarbeiter in Nr. 31:

„Ueber die Weigerung der Hauptvorstände, Streikunterstützung zu gewähren, sind die Ausständigen durch Bereitstellung von Geldmitteln aus den Lokalkassen zur Tagesordnung übergegangen und die Mahnungen zur Wiederaufnahme der Arbeit sind ungehört verhallt. Kein Wort der Gewerkschaftsführer, keine Vernunftgründe gelten mehr. Darf man angesichts solcher Vorgänge, die eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung geworden ist, gegen die Arbeitgeber, die in einer Gewerkschaft und ihren Führern eine Vertretung der gesamten Arbeiterschaft ihres Betriebes nicht anerkennen wollen, einen Vorwurf erheben? Sicherlich jetzt und in Zukunft noch weit weniger als bisher, denn die Nachfolgsigkeit der Gewerkschaften (soll heißen Führer), im Ernst eine Verantwortung zu übernehmen, ihr Versagen dann, wenn schwere Konflikte drohen — das alles ist durch den Ausbruch und den weiteren

Verlauf des Hamburger Werftarbeiterstreiks in der denkbar sinnfälligsten Weise vor aller Welt bezeugt worden. — Deshalb haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften keinen Anspruch darauf, als verhandlungsfähiger Faktor gewertet zu werden und die Unternehmer, die sich auf diesen Standpunkt stellen, ziehen aus dem Tatbestand, wie er wirklich ist, nur die natürlichen und notwendigen Konsequenzen.“

Zwar hat dieses Unternehmertum gar keine Ursache, derartig über unsere Gewerkschaftsdisziplin zu schreiben. Es weiß ganz genau, daß an diesem Vorkommnis doch nur das Unternehmertum selbst schuld ist; es weiß aber auch, daß sich die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit — mit wenig Ausnahmen — auf den Standpunkt der Hauptvorstände stelle, aber es ist doch immerhin bedauerlich, daß den Segnern Gelegenheit gegeben wurde, ihre Maßnahmen mit einem Schein der Berechtigung bedecken zu können. Es ist daher zu erwarten, daß bei dem gesunden Sinne, der den deutschen freien Gewerkschaftlern innewohnt, derartige Vorkommnisse verschwinden und einer noch strafferen gewerkschaftlichen Disziplin Raum geben, die wiederum nur durch die größte Hingabe des einzelnen am Verbandsleben ermöglicht wird. Damit aber werden wir auch in Zukunft über unsere Gegner, die unserer Disziplin nicht ebenbürtiges gegenüberzustellen vermögen, triumphieren können, unsere moralischen Erfolge müssen zur Anerkennung und Gleichbewertung der Gewerkschaften und ihrer Instanzen führen. eb.

Bur Berliner Arbeitslosen-Unterstützung 1912.

II.

Im Jahresbericht für 1912 sowohl wie in den Nr. 25 und 36 der „Solidarität“ wird auf die Angelegenheit der Hausverträge eingegangen und behauptet, daß durch den Abschluß dieser Hausverträge bei den großen Zeitungsfirmen vier Fünftel der Mehrausgaben für Arbeitslosen-Unterstützung auf das Konto der abgeschlossenen Verträge zu buchen ist.

Wie zu ersehen ist, handelt es sich in den bisher erschienenen Artikeln hauptsächlich um den abgeschlossenen Vertrag der Abteilung Notation der Firma Scherl. Nach dem letzten Artikel wären infolge dieses Hausvertrages 63 Kollegen entlassen worden. Das soll im nachfolgenden nachgeprüft werden. Es waren vor dem Abschluß des Vertrages 129 Nacht- und 48 Tagesarbeiter in der

Abteilung beschäftigt, zusammen also 177 Mann. Es arbeiten heute, laut Wochenzettel, 102 Kollegen in der Nachtschicht und 36 Kollegen in der Tageschicht, zusammen 138. Mitihin wären statt 63 Kollegen nur 39 Kollegen entlassen worden. Vielleicht wurden die bei dem Abreißbuch aushilfsweise beschäftigten Kollegen, welche nach Beendigung des Druckes entlassen wurden, mit dazu gerechnet, dann würde allerdings die Rechnung ziemlich stimmen.

Welches waren nun die Ursachen der Entlassung dieser 39 Kollegen?

1. Die durch Ablösung herumgehende Pause wurde festgelegt, so daß durch die Festlegung dieser Pause nicht zwölf Kollegen, sondern tatsächlich 20 Kollegen überflüssig wurden.

2. Die Abergangsausgabe des „Berliner Lokalanzeiger“ wurde vor dem Abschluß des Vertrages mit 105 Mann bewerkstelligt, während jetzt, nach vollständiger Ausnutzung der drei neuen 64seitigen Maschinen sowie durch das vorzügliche Arbeiten der Autoplate-Gießmaschinen, die ein bedeutend schnelleres Vollwerden der Maschinen zulassen, zur Herstellung dieser Ausgabe nur noch 79 Mann gebraucht werden; also ebenfalls 26 Mann weniger.

3. Die Auflage der Beilage, die früher mit 14 bis 16 Maschinen, und die Auflage des Hauptblattes, die mit zehn Maschinen und zwar sieben Zwillingmaschinen und drei 32seitigen Maschinen hergestellt wurde, benötigten die Besetzung von 49 Mann. Jetzt dagegen wird die Beilage mit elf bis zwölf Maschinen und das Hauptblatt der Morgenausgabe nur noch mit fünf Maschinen und zwar zwei 64seitigen mit 16 Mann, einer 32seitigen mit sechs Mann und zwei Zwillingen mit neun Mann Besetzung, insgesamt also 31 Mann, hergestellt, so daß auch hier durch die Ausnutzung der großen 64seitigen Maschinen zur Herstellung dieser beiden Auflagen 18 Mann weniger gebraucht wurden. Während im Jahre 1911 die 64seitigen Maschinen sehr wenig in der Woche gelaufen waren, höchstens Freitags und Sonnabends, so hatte sich das im Jahre 1912 ganz bedeutend geändert, in dem gerade 1912 und 1913 diese Maschinen ganz besonders zur Herstellung der Auflagen herangezogen wurden.

4. Die Mittagsausgabe, die im Jahre 1908 erschien, ging ebenfalls ganz kurz nach Abschluß des Hausvertrages plötzlich ein, wodurch ebenfalls die Besetzung von drei Zwillingmaschinen mit 14 Mann überflüssig wurde.

Daß es nun nicht dahin gekommen ist, daß das Personal, welches durch die Ausnutzung der

Deckel von der Form und schiebt diese einem anderen Arbeiter zu, der die Form umwendet und auf eine Filzplatte drückt, auf der, nachdem die Form abgenommen ist, das Blatt liegen bleibt. Dieser Prozeß wird Gauschen oder auch Kautschen genannt. Durch das Gauschen haben sich die Fasern noch fester miteinander verbunden und gleichzeitig hat der Filz auch den größten Teil des noch in dem Blatt vorhandenen Wassers aufgesaugt, so daß nunmehr ein nahezu trockenes Blatt Papier auf dem Filz liegen bleibt. 180 solcher Filze werden aufeinandergeklappt, so daß immer ein Blatt Papier zwischen je zwei Filzen liegt, und der ganze Stoß, der Bauscht oder Bauscht genannt wird, dann unter einer Presse einem starken Druck ausgesetzt. Hierauf werden die Bogen abgenommen und nochmals für sich gepreßt.

Bei diesem Verfahren wird die stets gleichmäßige Dicke des Papierblattes durch den Deckel bewirkt, der immer die gleiche Menge Ganzzeug faßt und auf die Siebform abgibt; je höher der Deckel ist, um so stärker fällt demgemäß das Blatt aus. Der entstehende Papierbogen fällt nach Länge und Breite natürlich genau so groß wie die Form aus, während die Art des Drahtsiebes maßgebend für die äußere Beschaffenheit des Papiers ist. Besteht das Sieb nämlich aus parallelaufenden Drähten, so erlangt auch das Papier ein streifiges Aussehen, es ist gerippt; besteht das Sieb dagegen aus viereckigen feinen gleichmäßigen Aussehen und wird dann als Velinpapier bezeichnet. In diesem Sinne ist also Maschinenpapier, das immer auf einem

feinen Maschensieb geformt wird, immer Velinpapier. Durch die Form erhalten die Bogen gleichzeitig auch die Wasserzeichen, die gerade beim Büttenpapier so überaus charakteristisch und bekannt sind. Das geschieht, indem auf dem Formsieb das betreffende Zeichen durch Draht erhalten ausgeht; dadurch entsteht an diesen Stellen eine dünnere Faserschicht, die bei dem fertigen Bogen dann als lichte Stellen sichtbar sind und in ihrer Gesamtheit das betreffende Zeichen wiedergeben.

Nach dem Pressen müssen die fertigen Bogen noch geleimt werden, da, wie bereits bemerkt, für die Büttenpapierfabrikation ungeleimtes Ganzzeug verwandt wird. Das ungeleimte Papier verhält sich nach dem Trocknen und Pressen wie Löschpapier und läßt die darauf gebrachte Schreib- oder Druckflüssigkeit zerlaufen. Das Leimen der Bogen geschieht, indem diese nach der zweiten Pressung bündelweise in eine Lösung von Papierleim und Mann getaucht werden. Nach dem Leimen werden die Bogen abermals aufeinandergeschichtet und gepreßt, wodurch ein vollkommenes Durchdringen des Papiers mit der Leimflüssigkeit erreicht wird. Hierauf werden die Bogen in Trockenkammern auf Schnüre oder Rohrstäbe gehängt und getrocknet, dann auf Walzen geglättet, satiniert, und hierauf als handelsfertige Ware verpackt.

Bei der Herstellung des Büttenpapiers arbeiten drei Arbeiter zusammen, der Bütteleiter, der Gauscher und der Presser oder Leger. Diese drei Arbeiter können in 12 Stunden zusammen etwa 1200 Bogen feinen oder 2500 Bogen mittleren Papiers herstellen. Das Büttenpapier ist

äußerlich zumeist schon durch seine ziemlich starke, durch die nicht ganz glatte Oberfläche und den rauen, unbeschnittenen Rand gekennzeichnet und ist zwar ein hervorragendes gutes, aber auch sehr teures Fabrikat, das schon aus diesem Grunde nicht als Material für den ungeheuren Verbrauch an Druck- und Schreibpapier selbst der besseren Sorten in Betracht kommen kann. Außerdem kann Büttenpapier nur in Bogen von verhältnismäßig kleinem Format hergestellt werden, was für den Druck von Büchern sehr umständlich und kostspielig ist. Aus allen diesen Gründen wird Büttenpapier heute nur noch als Luxuspapier für besondere oder rein persönliche Zwecke, bei denen die Kosten keine Rolle spielen, verwandt, während für alle anderen Zwecke auf maschinellem Wege hergestelltes Papier verwandt wird, das, sofern es ebenfalls aus Habern hergestellt ist, an Haltbarkeit und Gebrauchsfähigkeit keineswegs hinter dem Büttenpapier zurücksteht, diesem gegenüber aber den Vorteil des erheblich niedrigeren Marktpreises hat und des weiteren auch in jedem gewünschten, selbst dem größten Format hergestellt werden kann. Auch arbeitet die Büttenpapierfabrikation viel zu langsam, um dem heutigen Papierbedarf genügen zu können. Bei der Büttenpapierfabrikation stellt ein Arbeiter in der Minute etwa einen Bogen fertig, während eine moderne Papiermaschine in der Minute etwa 400 bis 500 Quadratmeter Papier liefert, also etwa 400 bis 500 mal so viel wie der Handarbeiter. Befassen wir uns nunmehr mit der Herstellung des Papiers auf maschinellem Wege, die den weitaus wichtigsten Teil der modernen Papierfabrikation darstellt.

64- und 32 seitigen Maschinen, das Eingehen der Mittagszeitung, Verminderung der Zahl der Maschinen zur Herstellung der Auflagen, Festlegung der Preise usw. überflüssig geworden war, sämtlich entlassen worden ist, ist nur dem Umstand zu verdanken, daß es zum Abschluß des so viel angefeindeten Hausvertrages gekommen ist.

Denn dieser Vertrag allein ist es, der verhindert hat, daß die Geschäftsleitung nicht mehr Personal entlassen konnte, als wie, oben schon einmal erwähnt, entlassen worden ist.

Aus diesen wenigen Beispielen allein geht hervor, wie schwer wir unter der technischen Entwicklung der Rotationsmaschinen schon allein bei einer einzigen Firma zu leiden haben.

Es ist fraglich, ob die Firma ohne den abgeschlossenen Vertrag nicht auch in der Lage gewesen wäre, ihren Maschinenpark in der Weise auszunutzen, als wie oben bereits angeführt wurde.

Wenn weiter gesagt wird, nur 91 Personen wurde der Lohn von 33,50 resp. 34,— M. auf 36,— M. erhöht, so stimmt das, nur wurde vergessen, hinzuzufügen, daß alle diejenigen Kollegen in der Nachschicht, die am 1. Januar 1914 noch nicht 36,— M. Lohn haben, 1,— M. Zulage erhalten.

Auch soll festgestellt werden, daß Moritz nur auf ausdrückliches Verlangen der in der Abteilung beschäftigten Kollegen diesen Vertrag im Beisein der Abteilungs-Vertrauensleute abgeschlossen hat.

Es kann auch nicht von Opfern die Rede sein, weil wir unbedingt damit zu rechnen haben und auch fernerhin damit rechnen müssen, daß durch die bedeutende technische Entwicklung der Rotationsmaschinen, der Autoplate-Steinmaschinen, durch die Einführung der Anlegeapparate, Schnürapparate sowie Einstechmaschinen es unbedingt zu einer großen Arbeitslosigkeit in unserem Beruf kommen muß. Die Wirkungen dieser technischen Umwälzung und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit auf die abgeschlossenen Hausverträge abzuwälzen, ist nicht angängig und muß zurückgewiesen werden.

Reinhold Wendisch.

Korrespondenzen.

Dritter Gantag des 10. Ganes zu Bremen.
Am Sonntag, den 7. September, tagten im Parteihaus zu Bremen die Vertreter des Ganes. Vertreter waren die Orte Bremen, Hamburg, Kiel, Schwerin und Lübeck. Vom Verbandsvorstand war die Kollegin Thiede anwesend. Kollege Lohse gab den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. Besondere Vorfälle waren nicht zu verzeichnen. Die Schweriner und die Kieler Kollegenschaft haben wohl den guten Willen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, doch sei an diesen Orten erst bedeutend mehr Agitation zur Gewinnung von Mitgliefern notwendig. Die Mitgliederzahl ist zwar in allen Orten des Ganes gestiegen, aber die Zahl der Unorganisierten ist immer noch eine sehr große, so daß die Agitation viel intensiver geleistet werden muß. Wenn in den Druckereiverfassungen die Kernstehenden nicht erreicht werden können, soll man zur Hausagitation übergehen. Hamburg hat mit der Hausagitation gute Fortschritte erzielt, jedoch müssen auch hier die Kollegen Opfer in hohem Maße für die Organisation bringen und das sollten die Kollegen anderer Orte auch tun. In diesem Herbst soll mit einer außerordentlichen Agitation eingeleitet werden, für diese müssen sich die Vertreter der einzelnen Orte schon jetzt vorbereiten. Redner besprach noch einige Kundigungen in Hamburg, die als Massenkundigungen angesehen worden sind. Solche Verkündigungen schaden uns nur und lockern das Tarifverhältnis. Das Verständnis der Kollegenschaft für die Tarifkämpfe muß noch bedeutend gehoben werden, leider aber bringen Einzelne dem guten Willen der Vorstände, hier zu helfen, nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit entgegen. Orte, die Tarife haben, sollen diese zu halten und zu verbessern wissen, dann wird der Verband auch für die kleinen Orte, in denen jetzt wenig oder gar nichts getan werden kann, mit der Zeit bessere Verhältnisse schaffen können. Kollege Selge-Hamburg ging ebenfalls auf die Massenkündigung ein und betonte, daß in Hamburg alles getan werde, die Tarifkenntnis zu heben. Fast in jeder Versammlung wird Auffklärung gegeben und außerdem hat der Vorstand auch Diskussions-

abende eingerichtet, in denen über unseren Tarif und seine Auslegung gesprochen wird. Im übrigen ist das Organisationsverhältnis in Hamburg als gut zu bezeichnen, denn die letzte Zählung hat 1006 Mitglieder ergeben. Kollege Schab-Bremen bemerkte, daß ihm auf dem vorigen Gantage die Agitation für Oldenburg, wo schon dreimal eine Zahlstelle bestand, übertragen wurde, doch sei die Möglichkeit, in Oldenburg zu wirken, noch nicht vorhanden gewesen. In Bremen selbst macht sich durch Grenzregulierung mit den Buchbindern nun eine Revision des Tarifes nötig. Die Zahlstelle selbst hebt sich an Mitgliederzahl. Schneider-Schwerin zeigte an der Hand einer Aufstellung, daß die Löhne für die Kollegenschaft in Schwerin die niedrigsten im Gau sind. Kollegen, die ein Alter von 40 Jahren und darüber haben, Jahrzehnte in ein und derselben Druckerei arbeiten, erhalten einen Lohn von 17 bis 19 M. Schneider wünschte, daß auch die Gehilfen bei der Agitation mit beihilflich sein möchten. Reife-Kiel betonte, daß die Agitation am Orte noch zu wünschen übrig lasse, doch ist in letzter Zeit eine Besserung eingetreten, ebenso hat auch der Lohn im allgemeinen eine Erhöhung erfahren. Frau Thiede ging auf die einzelnen Diskussionsreden ein und betonte besonders, daß Kundigungen, wie sie in Hamburg vorgekommen seien, unsinnig genannt werden müßten. Ebenso könne in Orten, wo die Kollegenschaft zu schwach wäre, zu einer Bewegung nicht gegriffen werden. Die Abrechnung gab der Kollege Kirchner-Hamburg. Sie ergab eine Einnahme von 294,35 M. und eine Ausgabe von 140,75 M. Die Kollegin Thiede hielt sodann einen instruktiven Vortrag über unsere Tarifsituation, aus dem sehr viel Wissenswertes zu entnehmen war. Der nächste Gantag soll in Kiel stattfinden, jedoch im nächsten Jahre nur, wenn Bedarf vorhanden ist. Nachdem noch einige Anfragen erledigt wurden, schloß Kollege Lohse mit aufmunternden Worten den Gantag.

Dessau. Im wieder mehr Leben und Bewegung in die Reihen der Hilfsarbeiterchaft zu bringen, hatte die Ortsverwaltung am 10. September eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der die Kollegin Woffe aus Magdeburg erschienen war, um über die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiterchaft im Buchdruckgewerbe zu referieren. Leider waren der Einladung nur einige Verbandsmitglieder gefolgt. Die Nichtorganisierten hatten, außer einem Kollegen, es vorgezogen, zu Hause zu bleiben. Daß bei solcher Gleichgültigkeit die Herren Prinzipale sich wohl fühlen und Löhne zahlen, die mit der fortgeschritten steigenden Teuerung des Lebensunterhaltes, sowie mit der zu leistenden Arbeit in gar keinem Verhältnis stehen, ist selbstverständlich. Die Ortsverwaltung hat in letzter Zeit eine Statistik aufgenommen, welche die Löhne von 58 Hilfsarbeiterinnen umfaßt. Aus dieser geht hervor, daß der größte Teil der Arbeiterinnen einen wöchentlichen Lohn von 7 bis 9 M. bezieht. Obenan steht dabei die Firma F. M. Seiler (Hansband), in deren Hausdruckerei 27 Arbeiterinnen beschäftigt sind, die es nach mehrjähriger Tätigkeit nicht über einen Lohn von 9 M. bringen können, während in anderen Betrieben einzelnen Arbeiterinnen bei längerer Tätigkeit 10 bis 11 M. gezahlt werden. Als mustergültig kann auch hier wieder die Arbeiterdruckerei angeführt werden, die ihren Arbeiterinnen Wochentlöhne von 12 und 14,50 M. zahlt bei achtstündiger Arbeitszeit. Kollegin Woffe stellte nun in ihrem Referat auf Grund der erwähnten Statistik Vergleiche mit anderen Orten an, wo die Kollegenschaft die Macht einer kräftigen Organisation erlangt hat und durch tarifliche Vereinbarungen ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen besitzt. Wenn die Dessauer Kollegenschaft heute noch auf solche Vorteile und Rechte verzichten müsse, so liege die Schuld nur an ihrer eigenen Gleichgültigkeit und an dem Mangel der nötigen Einsicht. Eine fortgesetzte Agitation sei daher notwendig, um die Organisation zu stärken. In der daran anschließenden Diskussion beklagte der Kollege Kappeler, daß die bei der letzten Agitation gewonnenen Mitglieder zum Teil wieder verloren gegangen seien, da es an der nötigen Sorgfalt gefehlt habe, um die einmal Gewonnenen der Organisation zu erhalten. Es wurden darauf einige Vorschläge gemacht, wonach in Zukunft der Vorstand verspricht zu handeln. Außerdem wurde beschlossen, an der Hand der gesammelten Adressen unter den nichtorganisierten Kolleginnen eine Hausagitation zu unternehmen. Des weiteren wurde über die Einföhrung eines Ortszuschlages debattiert, wozu noch kein bestimmter Beschluß gefaßt werden konnte, da sich verschiedene Bedenken dagegen erhoben. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Im Kampf um das Koalitionsrecht. Seit Mittwoch, den 10. September, stehen 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma „Paragon“ Kassenblock-Alt-Ges. in Ober-Schöneweide bei Berlin im Ausstand. Die Ursache zu dieser spontan erfolgten Arbeitsniederlegung liegt in dem rigiden Vorgehen der Direktion gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiterchaft. Schon seit Jahren führt die Firma einen erbitterten Kampf gegen jeden Versuch der Arbeiter, sich ihren Gewerkschaften anzuschließen. Als der Betrieb noch in Weiskensee war, entließ die Direktion plötzlich 30 Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Buchbinderverband. Seitdem verlangt sie von jedem neu Einstellenden die Unterschrift eines Reberjes, in dem der Einstellende erklären muß, keiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, und daß er auch während seiner Tätigkeit in der Fabrik in eine solche nicht eintreten werde, ohne die Direktion vorher in Kenntnis zu setzen. Der Grund für diese Koalitionsfeindschaft liegt klar auf der Hand. Die Firma, welche Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Buchbinder und ein Heer von Arbeiterinnen beschäftigt, hat nicht einen der bestehenden Tarife anerkannt und zahlt die erbärmlichsten Löhne. Das ist ihr natürlich nur möglich, wenn sie das Personal mit den wertvollsten Mitteln zwingt, auf das ihm gesetzlich gewährtete Koalitionsrecht zu verzichten. Die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aber üben ihre Wirkung auf die Arbeiterchaft aus und so wurden endlich die zuständigen Gewerkschaften um Hilfe angerufen. In einer gut besuchten Versammlung, die daraufhin stattfand, wurden die Vorstände des Buchbinder- und des Buchdruckerei-Hilfsarbeiterverbandes beauftragt, mit der Direktion über die Zurückziehung des Organisationsverbotes zu verhandeln. Bevor es noch zur Verhandlung kommen sollte, entließ aber die Direktion vier in der Versammlung anwesend gewesene Personen sofort. Diese brutale Maßregelung, welche abschreckend wirken sollte, bewirkte das Gegenteil. Das Personal erklärte sich mit den Entlassenen solidarisch und verlangte durch eine Kommission die Wiederinstellung der Entlassenen. Diesem Verlangen kam die Direktion nicht nur nicht nach, sondern entließ auch noch eines der Kommissionsmitglieder. Damit war aber die Schuld des Personals erschöpft, und am Mittwoch, den 10. September, wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die von den Organisationsvorständen gemachten Vermittlungsversuche scheiterten an der Halsstarrigkeit der Direktion. Als am Beginn dieser Woche die Ausständigen wieder vollständig den Betrieb mieden, entschlossen sich die Organisationsvorstände, den Streik anzuerkennen und die Streikenden zu unterstützen. Bei der Entschlossenheit des Personals steht zu erwarten, daß der Widerstand der Firma bald gebrochen sein dürfte. Die Bewegung ist insofern noch von Interesse für die Arbeiterchaft, als diese koalitionsfeindsliche Firma Lieferantin für eine Anzahl von Arbeiterkonsumvereinen ist. Zugun von Arbeitskräften aller Kategorien ist strengstens fernzuhalten.

Briefkasten.

R. W., Berlin. Wir haben Ihren Artikel, wie Sie sehen, aller persönlichen Ausfälle auf den Artikelschreiber in Nr. 36 entleidet, weil Sie selbst nicht angegriffen wurden und haben uns auf die Wiedergabe Ihrer sachlichen Argumentation beschränkt. — G. F., Berlin. Weil zu unsachlich, daher abgelehnt. Gruß. — Raumangel wegen mußten die Berichte von Darmstadt und Magdeburg zurückgestellt werden.

Versammlungskalender.

Erfurt. Mitglieder-Versammlung am 22. September 1913, 8½ Uhr abends, im Lokale „Lübke“. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Verbandsangelegenheiten. Mitgliederbücher sind mitzubringen.

Adressenveränderungen.

Gerford. Vorsitzender: Fritz König, Salzfusterstraße 125. Kassierer: Fritz Kolbus, Salzfusterstr. 128. Stendal. Vorsitzender: Otto Reinhardt, Uppstall 33. Kassierer: Paul Trommer, Magdeburgerstraße 4.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 38.

Berlin, den 20. September 1913.

19. Jahrgang.

Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen im Deutschen Reich im Jahre 1912.

Die Statistik der Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen für das Jahr 1912 bietet, wie in den Vorjahren auch in diesem, das gewohnte erfreuliche Bild stetiger Vorwärtsentwicklung. Die Zahl der Auskunftsfindenden und der erteilten Auskünfte stieg wiederum erheblich. In drei Orten wurden die bestehenden Auskunftsstellen in Sekretariate umgewandelt. Die Sekretariate Karmen und Elberfeld haben sich vereinigt. Ein Sekretariat wird nicht mehr als solches, sondern als Auskunftsstelle geführt, so daß der Bericht mit 120 Sekretariaten gegen 119 im Vorjahre abschließt.

13 Sekretariate haben Nebenstellen eingerichtet, halten also an mehr als einer Stelle Sprechstunden ab.

Die Entwicklung der Sekretariate als ur-eigene Einrichtungen der Gewerkschaften, von diesen unterhalten und der alleinigen Kontrolle unterstellt, nimmt ständig seinen Fortgang. Der Anteil der Sekretariate, welche den Kartellen unterstanden und von diesen verwaltet wurden, betrug 1909 46 Prozent, stieg 1910 auf 50, 1911 auf 52 und betrug 1912 fast 56 Prozent aller Sekretariate, ausschließlich derjenigen, welche dem Vergarbeiterverband oder der Generalkommission unterstanden. Für 37 Sekretariate bestand eine besondere Verwaltungskommission. 12 Sekretariate verwaltete der Vergarbeiterverband.

Die an Zahl umfangreichste Tätigkeit der Sekretariate, die Auskunftserteilung, geschieht in 86 Sekretariaten an alle Auskunftsfindenden, die sich an das Sekretariat wenden. Der andere Teil der Sekretariate beschränkt den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder weitere Rechtshilfe gewährt wird, auf Organisierte, deren Angehörige oder Nichtorganisationsfähige.

Vertretung vor Gerichten wird von 107 Sekretariaten, also fast von allen übernommen. Von den verbleibenden 13 Sekretariaten übernehmen persönliche Vertretung zwei in Ausnahmefällen. Auch da, wo persönliche Vertretungen nicht übernommen werden können, werden Vertretungen vor dem Reichsversicherungsamt dem Zentralarbeitersekretariat übertragen.

Ueber Nichtzulassung zur Vertretung berichten drei, über Vernehmungen, Strafmandate auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung und Anklagen sechs Sekretariate. Eine Bestrafung oder Verurteilung erfolgte nur in einem Falle wegen Verleumdung eines Selben zu einem Monat Gefängnis. In den anderen Fällen war Zurücknahme des Strafmandates, Vergleich, Einstellung des Verfahrens oder Freispruch das Resultat behördlicher und staatsanwaltlicher Fürsorge.

Die Uebermittlung von Beschwerden übernehmen 115 Sekretariate. Statistiken fertigen 75 Sekretariate an. Agitation oder andere gewerkschaftliche Arbeiten erledigen 84 Sekretariate. An mehreren Orten, wo letztere Tätigkeit von den Arbeitersekretariaten nicht ausgeübt wird, besteht ein besonderes Gewerkschaftssekretariat.

Die andauernde Steigerung der großen Zahlen der Sekretariate, die Zahl der Auskunftsfindenden und die Zahl der erteilten Auskünfte hat, wie schon bemerkt, auch im Berichtsjahr standgehalten.

Von 167 363 auf 672 499 stieg in den zwölf Jahren, für welche Berichte vorliegen, die Zahl der Auskunftsfindenden, welche sich an die Sekretariate wandten, eine Steigerung von 301,8 Prozent. Die Steigerung des letzten Jahres mit 7,25 Prozent reißt sich würdig den Vorjahren an. Von den insgesamt 672 499 Auskunftsfindenden des letzten Jahres waren 636 815 oder 94,7 Prozent aller Auskunftsfindenden Arbeiter oder Angehörige

von solchen. 33 169 waren selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Angehörige anderer sozialen Stände. Diese Ziffer weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2319 auf, sie stieg also um 7,52 Prozent. Auch die Zahl der Fälle, in welchen sich Behörden, Vereine oder Korporationen an die Sekretariate wandten, ist gestiegen, und zwar von 2223 auf 2515. Gewerkschaftlichen Organisationen gehören von den Auskunftsfindenden 424 628 Personen an, 72,3 Prozent aller Personen, welche sich an die Sekretariate wandten. Von den gewerkschaftlich organisierten Auskunftsfindenden gehörten 2297 Organisationen an, welche nicht der Generalkommission angeschlossen sind, auch zur Unterhaltung der Sekretariate nicht beisteuern.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg in den zwölf Jahren von 1901 bis 1912 von 173 548 auf 706 788, also um 307,3 Prozent. Die Zunahme des letzten Jahres betrug 47 830, was einer Steigerung um 7,26 Prozent gleichkommt. Von allen Auskünften wurden 670 414 mündlich, 36 374 gleich 5,15 Prozent der Gesamtzahl mußten schriftlich erteilt werden. Die Anzahl der angefertigten Schriftsätze stieg wiederum erheblich, und zwar von 150 050 auf 174 998, also um 16,62 Prozent. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß doppelte oder dreifache Ausfertigungen nur als ein Schriftsatz gezählt worden sind.

Von den erteilten Auskünften entfielen auf Arbeiterversicherung und bürgerliches Recht 60,4 Prozent aller erteilten Auskünfte.

Bürgerliches Recht mit 216 766 erteilten Auskünften gleich 30,7 Prozent der Gesamtzahl steht an erster Stelle, ihm folgt die Arbeiterversicherung mit 209 971 gleich 29,7 Prozent. Von den auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung liegenden Auskünften entfielen auf die Unfallversicherung 121 402 gleich 57,8 Prozent, auf Krankenversicherung 57 759 gleich 18,0 Prozent, auf Anwartschaftswesen 32 770 gleich 2,5 Prozent, auf Invalidenversicherung 45 540 gleich 21,7 Prozent. Unter letzteren befinden sich die Auskünfte, welche die Privatangestelltenversicherung betrafen, mit 670 erteilten Auskünften. An dritter Stelle folgt Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 103 488 gleich 14,6 Prozent der erteilten Auskünfte. Alsdann Arbeits- und Dienstvertrag mit 97 692 gleich 13,8 Prozent. Auf das Gebiet Strafrecht entfielen 45 571 gleich 6,4 Prozent der erteilten Auskünfte, auf die Privatversicherung 8735 gleich 1,2 Prozent. Von den noch verbleibenden Auskünften entfielen auf Arbeiterbewegung 6575 gleich 0,9 Prozent, Handels- und Gewerbesachen 4718 gleich 0,7 Prozent, Vereins- und Versammlungsrecht 2145 gleich 0,3 Prozent und auf Sonstiges 11 077 gleich 1,6 Prozent.

Von den 174 998 im Jahre 1912 angefertigten Schriftsätzen betrafen 32,6 Prozent, also 57 058, die Arbeiterversicherung. Wie auch in den Vorjahren der Hauptteil aller Schriftsätze. Gemeinde- und Staatsangelegenheiten betrafen 20,4 Prozent gleich 35 737, 15,3 gleich 26 819 betrafen Bürgerliches Recht, 9,7 gleich 17 060 den Arbeits- und Dienstvertrag, 5,1 gleich 8982 Strafrecht und 7,5 gleich 13 200 betrafen sonstige Sachen.

Die Zahl der von den Sekretariaten 1912 wahrgenommenen persönlichen Vertretungen betrug 6417, davon wurde der größte Teil, und zwar 4065, vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wahrgenommen.

108 Sekretariate, für welche Angaben über Einnahmen und Ausgaben vorliegen, vereinnahmten 607 115 Mk., welcher Einnahme eine Ausgabe von 575 392 Mk. gegenübersteht. Die nachgewiesene Gesamteinnahme stieg gegen das Vorjahr um 50 742 Mk., die Gesamtausgabe um 62 474 Mk.

Von den Gesamteinnahmen wurden 76,44 Prozent von den Kartellen und beteiligten Organisationen aufgebracht. Werden diesen Summen noch die Zuwendungen von der Generalkom-

mission, den Parteioptionen und den sonstigen Arbeiterunternehmungen zugezählt, so steigt die Prozentziffer der Gesamteinnahmen der Sekretariate, von Organisationen der Arbeiter aufgebracht, auf 81,79 Prozent. Nur 15,05 Prozent der Gesamteinnahmen stammen aus besonderen Beiträgen der Mitglieder.

Wie bei den Sekretariaten haben auch bei den Auskunftsstellen die Frequenzziffern eine abermalige Zunahme aufzuweisen. Die Zahl der vorhandenen Auskunftsstellen stieg von 198 auf 211. Die Zahl der erteilten Auskünfte weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 9,30 Prozent auf. Noch stärker tritt die Vorwärtsentwicklung bei den persönlichen Vertretungen und angefertigten Schriftsätzen in Erscheinung. Die angefertigten Schriftsätze stiegen von 15 579 auf 18 748, also um 31,69 gleich 20,34 Prozent. Persönliche Vertretungen wurden von den Auskunftsstellen 994 gegen 872 im Vorjahre wahrgenommen, 122 gleich 13,99 Prozent mehr als im Vorjahre.

Der größere Teil der Auskunftsstellen erteilt unentgeltliche Auskunft an alle Auskunftsfindenden. 178 Auskunftsstellen übten im Jahre 1912 diese Praxis.

Von den insgesamt 51 772 von 195 Auskunftsstellen erteilten Auskünften betrafen 14 487 gleich 27,98 Prozent die Arbeiterversicherung. 7295 gleich 14,09 Prozent betrafen den Arbeits- und Dienstvertrag, 10 095 gleich 19,50 Prozent Bürgerliches Recht, 7119 gleich 13,75 Prozent Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 2864 gleich 5,53 Prozent Strafrecht. Die Arbeiterbewegung betrafen 1674 gleich 3,23 Prozent, Privatversicherung 1113 gleich 2,15 Prozent, 3380 gleich 6,53 Prozent waren Auskünfte, welche andere Angelegenheiten betrafen. Für 3745 gleich 7,23 Prozent von den Auskunftsstellen erteilte Auskünfte fehlen nähere Angaben. Insgesamt haben die Auskunftsstellen in den acht Jahren, für welche Angaben vorliegen, 291 340 Auskünfte erteilt.

Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im Jahre 1912 758 560 Auskünfte erteilt.

Die Zunahme der Rechtshilfen der Sekretariate des letzten Jahres übersteigt die Zunahme der gesamten Rechtshilfen des Jahres 1910. Diese betrug 47 771 Rechtshilfen, während die Sekretariate 1912 allein eine Zunahme von 47 830 Rechtshilfen zu verzeichnen hatten. Auch gegenüber den gesamten Rechtshilfen des Jahres 1911 ist eine Zunahme von 52 235 Rechtshilfen eingetreten, wiederum eine höhere Zunahme, als das Jahr 1911 aufzuweisen hatte, welche 49 082 Rechtshilfen betrug.

Bei Betrachtung der Gesamtzahlen ist zu beachten, daß mit diesen Zahlen keineswegs eine erschöpfende Darstellung der gesamten von den Organisationen der Arbeiterschaft geleisteten Rechtshilfen gegeben ist. Eine erhebliche Anzahl von Ortsverwaltungen und auch eine Anzahl von Zentralvorständen gaben Auskünfte und gewährten Rechtshilfe, deren Umfang sich kaum abschätzen läßt. Eine Tätigkeit und Leistung, die sicher so umfangreich sind, daß sie die vorstehenden Zahlen um ein erhebliches hinaufschmelzen würden. Allein aus der Summe, welche für diesen Zweck von den Verbänden 1912 für Rechtshilfe an Mitgliedern gewährt und verausgabt wurde, läßt sich eine umfangreiche Leistung ermessen. 399 470 Mk. wurden 1912 von den Verbänden für diesen Zweck verausgabt.

Ueber die gesamte Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerung veranlaßt das Kaiserl. Stat. Amt seit dem Jahre 1909 Erhebungen. Die Erhebung für das Jahr 1912 berichtet über 916 Rechtshilfsstellen, welche zusammen 1 841 364 Auskünfte im Berichtsjahre erteilt haben. Schriftsätze wurden 468 028 angefertigt. 17 580 persönliche Vertretungen werden angegeben.

Von der Gesamtzunahme an erteilten Auskünften von 157 824 entfallen unter Zugrunde

legung der Zahlen des Stat. Amtes auf die Einrichtungen der Verbände allein 52 040. Wird die Zahl der Auskünfte der Privatangestelltenverbände bei der Zunahme ausgeglichen, da für diese im Vorjahre keine Angaben vorliegen, so macht die auf die Einrichtungen der Verbände allein entfallende Zunahme 52,50 Prozent der Gesamtzunahme aus. Noch härter tritt die beherrschende Position der Rechtsschutzstellen der Zentralverbände bei der Zunahme der angefertigten Schriftsätze in Erscheinung. Die Gesamtzunahme beträgt hier 31 791, wovon auf die Einrichtungen der Verbände allein 27 994 entfallen. Werden auch hier die Ziffern der Privatangestelltenverbände ausgeglichen, so beträgt der Anteil der Rechtsschutzstellen der Verbände an der Gesamtzunahme der angefertigten Schriftsätze 91,87 Prozent. Es genügt, diese Tatsache festzustellen, weitere Worte würden ihre Bedeutung nur abschwächen.

Gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen berichteten 119 über 337 071 erteilte Auskünfte und 57 563 angefertigte Schriftsätze. 712 persönliche Vertretungen haben diese Rechtsschutzstellen 1912 wahrgenommen. Rechtsschutzstellen gemeinnütziger Vereinigungen haben 32 über 194 292 erteilte Auskünfte, 36 016 angefertigte Schriftsätze und 633 wahrgenommene persönliche Vertretungen berichtet. 93 Rechtsauskunftsstellen für Frauen haben 45 485 Auskünfte erteilt, 8859 Schriftsätze angefertigt und 213 persönliche Vertretungen wahrgenommen.

Von den Rechtsschutzstellen der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine berichteten 55 über 58 365 erteilte Auskünfte, 11 185 angefertigte Schriftsätze und 873 persönliche Vertretungen. Der von den christlichen Gewerkschaften erteilte Rechtsschutz weist gegen das Vorjahr einen Rückgang auf. Obwohl für 1912 von einer Organisation mehr berichtet wird als 1911, 55 gegen 54, gingen die erteilten Auskünfte von 40 773 auf 40 056 und die angefertigten Schriftsätze von 23 614 auf 22 490 zurück. Ist der Rückgang auch nicht erheblich, so fällt er doch in einer Zeit allgemeiner Entwicklung ins Gewicht. Den gleichen „Entwickelungsengang“ gingen 1912 die konfessionellen Rechtsauskunftsstellen. Während 1911 19 evangelische Rechtsauskunftsstellen über 32 268 erteilte Auskünfte und 14 520 angefertigte Schriftsätze berichteten, mußten sich 1912 23 evangelische Rechtsauskunftsstellen mit 30 888 erteilten Auskünften und 13 434 angefertigten Schriftsätzen begnügen. Persönliche Vertretungen haben diese Rechtsauskunftsstellen 1912 504 wahrgenommen. Katholische Rechtsauskunftsstellen haben 1911 128 über 264 063 erteilte Auskünfte und 109 096 angefertigte Schriftsätze berichtet, 1912 122 dieser Einrichtungen über 235 638 erteilte Auskünfte, 90 713 angefertigte Schriftsätze und 3880 wahrgenommene persönliche Vertretungen. Von den polnischen Berufsvereinigungen berichteten 1912 8 über 21 081 erteilte Auskünfte, 12 224 angefertigte Schriftsätze und 1235 wahrgenommene persönliche Vertretungen.

Was unter der Gruppe Rechtsauskunftsstellen sonstiger Arbeitervereinigungen gezählt ist, entbehrt jeder Bedeutung. Die Ziffern dieser meist gelben Organisationen standen zur Gesamtheit schon 1911 kaum in einem nennenswerten Verhältnis und sind 1912 noch mehr zurückgegangen, so daß ihr vollständiges Verschwinden keine Lücke hinterlassen würde. 6 Organisationen berichteten 1911 über 4566 erteilte Auskünfte und 2019 angefertigte Schriftsätze. 1912 gingen die Zahlen dieser Organisationen auf 3166 erteilte Auskünfte und 1516 angefertigte Schriftsätze zurück. 388 persönliche Vertretungen werden angegeben.

Rechtsauskunftsstellen von Arbeitgebern waren neun vorhanden. Diese erteilen nur an Werkangehörige Auskunft. Sie berichten über 12 461 erteilte Auskünfte, 5017 angefertigte Schriftsätze und 11 persönliche Vertretungen. In der Gruppe Rechtsauskunftsstellen politischer Vereinigungen wurden 32 mit 33 732 erteilten Auskünften, 14 463 angefertigten Schriftsätzen und 522 persönliche Vertretungen gezählt.

Rechtsauskunftsstellen ländlicher Genossenschaften haben im Berichtsjahre 9 über 17 056 erteilte Auskünfte, 584 angefertigte Schriftsätze und 38 persönliche Vertretungen berichtet.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Unsere moderne Genossenschaftsbewegung hat sich durch ihr Bestreben, die Eigenproduktion ständig zu vermehren, den großen Haß aller derer zugezogen, die eine Vorliebe für den Stillstand und Rückschritt haben, zu denen ja auch die Genossenschaften, die dem Krügerischen Verband angehören, zählen. Dieser Verband hielt vom 20. bis 23. August in Posen seinen 54. Genossenschaftstag ab und hier wurden meist Organisations- und Vervollkommnungsfragen der verschiedenen Formen des Genossenschaftswesens besprochen. Die verschiedenen Sektionen des Verbandes hielten fast alle Sonderveranstaltungen ab, auch die zum Verband gehörigen Konsumvereine, welche sehr energisch Stellung nahmen zu dem von Professor Wilbrandt auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Hamburg vertretenen Gedanken über „die Konsumvereine als Gemeinwirtschaft“. Die Versammlung hat dann ihrer Meinung in einer Entschließung Ausdruck gegeben, die den Gegensatz zu Wilbrandts Ausführungen scharf betont und fand damit auch Anklang bei dem Allgemeinen Genossenschaftstage, der in allen Besprechungen, die auf die Errichtung der Gemeinwirtschaft hingen, eine Gefahr für das deutsche Genossenschaftswesen erblickt, da sie die Genossenschaften in zwei Lager teile, je nachdem die Genossenschaften der Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung zur Erhaltung dienen oder sie ersetzen wollen durch die Gemeinwirtschaft.

Man sieht: der „Krügerische Verband“ hat seit Kreuznach nichts dazu gelernt. Damals hat er die reinliche Scheidung der Vorwärtstendenzen und der rückföhrlichen Kleinbürgerorganisationen mit scharfem Schnitt und unter dem Druck des selbstgegebenen Rechtes vollzogen. Heute nach elfjähriger Tätigkeit der „Modernen“, steht der alte Verband noch immer auf demselben Standpunkt und die in seinen Reihen verbliebenen Konsumvereine verhalten sich ängstlich gegen die Ausführungen des Professors Wilbrandt auf der so zählten Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses. Sie wollen um Himmelswillen nicht mit den modernen Konsumgenossenschaften verwechselt werden, die Eigenproduktion und Gemeinwirtschaft auf ihre Fahne geschrieben haben. Die im Jahre 1902 hinausgeworfenen haben sich in dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusammengefunden und ihre Entwicklung ist über all die Kleingeister hinweggegangen, trotz der oft erheblichen Widerstände, die überwunden werden mußten. Ihr Bestreben, die Eigenproduktion zu fördern, wird auch nicht an der Angstmauer derer um Krüger Halt machen, sollen sie doch klein und einflußlos bleiben, wenn sie es absolut wollen, damit ihnen nur ja niemand am Ende die staatsfeindliche Absicht unterzuschieben könnte, „an der Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung“ zu rütteln. Sie werden schließlich in ihrer eigenen Enge und ihrer mittelständlerischen Kleingeisterei ersticken. — Professor Wilbrandt hat übrigens seinen Vortrag als Broschüre herausgegeben, ihr Titel lautet: Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Sie ist bei Randenhoef u. Ruprecht in Göttingen erschienen, ihr Preis ist 50 Pf. Das Büchlein ist für volkswirtschaftlich Interessierte wirklich lesenswert und beherzigenswert.

So wohlklingend wie nun dieser Beschluß des Allgemeinen Genossenschaftstages auf die Mittelständler wirken muß, so wenig wissen sie die Konsequenz daraus zu ziehen. Zetern sie doch genug gegen das Lieferantentum, das darin besteht, Geschäfte bestimmter Branchen, deren Waren in Konsumvereinen nicht geführt werden, als Lieferanten für die Mitglieder der Konsumvereine aufzunehmen. In ihrem Haß gegen die Genossenschaftsbewegung merken die Mittelständler gar nicht, daß ein derartiges Lieferantenverhältnis den Verein vielleicht für lange Zeit hinaus von der Selbstproduktion dieser Waren abhält, und sie kämpfen in Wort und Schrift und manchmal auch mit nicht ganz sauberen Mitteln gegen die Geschäfte in ihren eigenen Reihen, die solche Lieferantenverträge abschließen, ohne sich die Folgen dieses Kampfes vorher klar zu machen. So hat z. B. die Metzger-

innung in Eßlingen sechs von ihren Mitgliedern den Ausschluß aus der Metzgergenossenschaft angedroht, wenn diese das Lieferantenverhältnis mit dem Eßlinger Konsumverein nicht lösen würden. Diese Drohung hat wirtschaftlichen Untergrund. Der Metzgergenossenschaft gehört nämlich das Schlachthaus, die Innung konnte also ihrer Drohung empfindlichen Nachdruck verleihen.

Da der Profit geschürt werden mußte, besann sich die Metzgerinnung nicht lange, ihren sechs Mitgliedern die Erläuterungsmöglichkeit durch Sperrung des Schlachthauses zu nehmen. Die Metzgergenossenschaft mußte eine Statutenänderung beschließen, wonach es ihren Mitgliedern bei Androhung des Ausschlusses verboten ist, an Genossenschaften, Konsumvereine usw. Fleisch oder Fleischwaren im Submissionsweg oder gegen Rabattgewährung zu liefern. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit berichtet die Stuttgarter „Tagwacht“:

„Gegen dieses Verbot hatten die als Konsumlieferanten in Betracht kommenden sechs Metzgermeister Einsprache erhoben; das Amtsgericht hat die Aenderung aber genehmigt. Die Metzgergenossenschaft hat darauf den sechs Metzgermeistern die Lösung ihres Vertrags mit dem Konsumverein bis 15. September zur Aufgabe gemacht, andernfalls ihr Ausschluß aus der Genossenschaft erfolgen werde. Die sechs Metzgermeister hatten der Aufforderung keine Folge geleistet und sich an den Gemeinderat wegen Vermittlung gewandt, da sie im Fall ihres Ausschlusses die für Nichtmitglieder der Metzgergenossenschaft festgesetzte doppelte Schlachtgebühr zu entrichten hätten. Da aber das Schlachthaus nicht städtisches Eigentum ist, sondern sich im Besitze der Metzgergenossenschaft befindet, stehen dem Gemeinderate keine Mittel zu Gebote. Aus Kreisen des Konsumvereins wird jetzt damit gedroht, wenn die Metzgerinnung den Konsumvereinsmitgliedern kein Fleisch mit Gegenmarken mehr liefern, werde der Konsumverein mit einer großen Stuttgarter Schlächtereier einen Lieferungsvertrag abschließen und einen eigenen Metzgerladen in seinem Neubau eröffnen.“

Hier wird also der Konsumverein durch das Vorgehen der Schlächterinnung geradezu gezwungen, zur Eigenproduktion zu greifen, um seine Mitglieder mit Fleischwaren versorgen zu können. Auf einem ähnlichen Wege ist auch die große Mühle der Schweizerischen Genossenschaften entstanden und so mancher größere oder kleinere Produktivbetrieb der Konsumvereine mag schneller und vorzeitiger errichtet worden sein infolge der Anfeindungstaktik der Mittelständler, als es bei normaler Entwicklung geschehen wäre.

Wo man nun nicht, wie die Fleischermeisterinnung in Eßlingen durch den Besitz des Schlachthauses, in der Lage ist, seinem Haß gegen die organisierte Konsumentenschaft Nachdruck zu verleihen, da wird ja dann der Ruf nach Staatshilfe laut. Mit ihren kleinbürgerlichen Interessen vertiechten sich unsere Gegner hinter Behörden und Regierung und finden hier für ihre Schmerzen gar leicht Verständnis. Steuern, Steuern für die Konsumvereine! Damit will man versuchen, ihnen den Garaus zu machen. Und besonders werden die Konsumgenossenschaften der Arbeiterschaft mit Steuern bedacht. Das sieht man so recht bei einem Vergleich. So waren im Jahre 1912 in Preußen von rund 16 000 meist bürgerlichen Genossenschaften (Kredit-, Landwirtschafts-, Rohstoffgenossenschaften) nur 1929 steuerpflichtig, und diese nur deshalb, weil sie ihren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder ausdehnten, dagegen waren von 1216 Konsumgenossenschaften, deren Tätigkeitssphäre sich nur auf die eigenen Mitglieder beschränkte, fast sämtliche der Besteuerung unterworfen, nur 278 Vereine, deren „Einkommen“ 900 Mk. nicht erreichte, blieben von der Besteuerung verschont. Von den übrigen 938 Konsumvereinen wurden 501 340 Mk. Steuern entrichtet, von den bürgerlichen Genossenschaften aber nur 332 608 Mk. Dabei beträgt das Geschäftskapital dieser rund 59½ Millionen Mark, während die so hoch besteuerten Konsumvereine nur 2½ Millionen Mark Anteile der Mitglieder als Geschäftskapital besitzen. Es zeugt eben von dem gefunden Kern der Arbeiter-Konsumgenossenschaften, daß sie trotz hoher Steuerbedrückung und sonstiger Anfeindungen eine so erfreuliche Entwicklung nehmen. Gert.